



# Energiewende- Barometer 2021

Umfrage zur Umsetzung der Energiewende



**IHK**

Landesarbeitsgemeinschaft  
der Industrie- und Handels-  
kammern des Landes  
**Brandenburg**

Wirtschaft. Mach es in Brandenburg.

## Wer wir sind

Die drei Industrie- und Handelskammern (IHK) des Landes Brandenburg – Cottbus, Ostbrandenburg und Potsdam – agieren als gesetzlich verankerte Selbstverwaltungsorganisationen der gewerblichen Wirtschaft. Sie treten für das Interesse von über 160.000 Mitgliedsunternehmen gegenüber Politik und Öffentlichkeit ein. In sämtlichen Fragen rund um die Themen Ausbildung, Qualifizierung sowie im hoheitlichen Bereich, wie Prüfungen der Sach- und Fachkunde, sind sie verlässlicher Partner der Unternehmen.

## Impressum

Herausgeber:

IHK Potsdam für die Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg  
Breite Straße 2 a-c | 14467 Potsdam

0331 2786-0

[ihk-potsdam.de](http://ihk-potsdam.de)

Ansprechpartner:

IHK Potsdam | Robert Kausmann | Referent für Energie und Klimapolitik

0331 2786-281

[robert.kausmann@ihk-potsdam.de](mailto:robert.kausmann@ihk-potsdam.de)

Gestaltung: Nanett Reinhardt, IHK Potsdam

Bildnachweis Titel: ©jittawit.21 - stock.adobe.com

Stand: September 2021

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

## Präambel

Im jährlichen „Energiewende-Barometer“ der „Industrie- und Handelskammer-Organisation“ sind die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung vom 7. bis zum 25. Juni 2021 zusammengefasst, an der sich das unternehmerische Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben. Ziel des Energiewende-Barometers ist es, eine umfassende Bewertung der Unternehmen zum Fortschritt der Energiewende und zur aktuellen Klima- und Energiewendepolitik zu erhalten.

Grundlage der Auswertung ist die gemeinsame Umfrage der „Industrie- und Handelskammer-Organisation“ mit insgesamt 2.589 eingegangenen Antworten. Davon sind 134 Antworten aus verschiedenen Branchen in Brandenburg.

## Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
Inhaltsverzeichnis.....	3
<b>1 Energiewende-Barometer 2021 der Brandenburgischen IHKs .....</b>	<b>4</b>
<b>2 Energiepreise und die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit.....</b>	<b>4</b>
<b>3 Maßnahmen der Unternehmen angesichts der Energie- und Klimapolitik .....</b>	<b>5</b>
3.1 <i>Energieeffizienz .....</i>	5
3.2 <i>Strom .....</i>	7
3.3 <i>Wärme .....</i>	9
3.4 <i>Mobilität.....</i>	10
3.5 <i>Betrieblicher Klimaschutz .....</i>	11
<b>4 Auswirkungen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für Unternehmen.....</b>	<b>14</b>
<b>5 Empfehlungen der Wirtschaft .....</b>	<b>15</b>
5.1 <i>Empfehlungen zur Energiewende allgemein .....</i>	15
5.2 <i>Empfehlungen zu Kosten, Steuern und Abgaben .....</i>	16
5.3 <i>Empfehlungen zum Netzausbau .....</i>	17
5.4 <i>Empfehlungen zum Ausbau Erneuerbarer Energien.....</i>	18
5.5 <i>Empfehlungen im Bereich Gebäude.....</i>	18
5.6 <i>Empfehlungen zu Energieeffizienz und Flexibilität .....</i>	19
5.7 <i>Empfehlungen zu Wasserstoff.....</i>	20
5.8 <i>Empfehlungen zu Mobilität .....</i>	21

# 1 Energiewende-Barometer 2021 der Brandenburgischen IHKs

## Unternehmensumfrage zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz

Zum Ende der Legislaturperiode hat die Bundesregierung die deutschen Klimaschutzziele deutlich angehoben. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen um mindestens 65 Prozent gegenüber den Emissionen des Jahres 1990 sinken. Bis zum Jahr 2045 soll die Netto-Treibhausgasneutralität erreicht werden. Klimaschutz und seine Umsetzung im betrieblichen Alltag gewinnen damit für die Wirtschaft noch einmal an Bedeutung und Dringlichkeit.

Das Energiewende-Barometer der Brandenburgischen IHKs zeigt: Immer mehr Unternehmen bringen sich aktiv für Energiewende und Klimaschutz ein. Der Anteil der Unternehmen, die Effizienzmaßnahmen umsetzen, steigt, ebenso wie die Nutzung und eigene Erzeugung erneuerbarer Energien. Besonders deutlich steigt die Nutzung der Elektromobilität.

Zugleich sehen die Unternehmen wieder stärker die mit der notwendigen energetischen Transformation verbundenen Risiken für die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Das geschieht einerseits vor dem Hintergrund der sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage in Folge der Corona-bedingten Einschränkungen. Andererseits sehen die Unternehmen Defizite in den politischen Rahmenbedingungen für eine zügige Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz. Hürden stellen vor allem der Ausbau von Stromnetzen und Erneuerbaren Energien und die sehr hohen Steuern, Abgaben und Entgelte insbesondere auf den Strom dar.

Grundlage für das Energiewende-Barometer 2021 ist eine Umfrage der brandenburgischen IHKs, an der sich 134 Unternehmen aus allen Regionen Brandenburgs beteiligt haben.

## 2 Energiepreise und die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit

Die Beurteilung der Energiewende für die [Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Unternehmens](#) fällt unterschiedlich aus. Am kritischsten ist die Bewertung mit Beginn der Corona-Pandemie in 2020. In 2020 und 2021 sehen jeweils über 30 Prozent der Unternehmen einen negativen bzw. sehr negativen Einfluss auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit, wohingegen nur 25 Prozent (18 Prozent in 2020) eine positive Bewertung vornehmen.

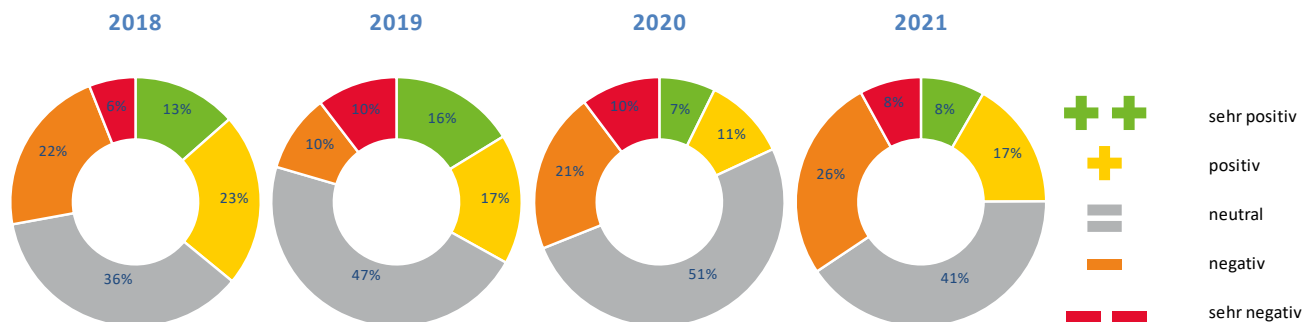


Abb. 1: Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bis 2021

Seit der Tiefpreisphase im Frühjahr 2020 infolge der Corona-Einschränkungen sind die Preise für Strom, Gas und Öl bis Sommer 2021 stark gestiegen. Der **Strompreis** hat insbesondere aufgrund stark gestiegener CO<sub>2</sub>-Preise im Europäischen Emissionshandel ein Niveau erreicht, das seit 2008 nicht mehr gesehen wurde. Folgerichtig geben nur 1 bzw. 4 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie für Strom bzw. Energie insgesamt weniger ausgeben. In den vergangenen Jahren hat der Anteil der Unternehmen, die von steigenden Strompreisen berichten, fast immer überwogen. Die Politik hat sich auf eine weitere Absenkung der EEG-Umlage durch Haushaltsmittel verständigt. Abzuwarten bleibt, ob dies dazu führt, dass wieder mehr Unternehmen von gesunkenen Preisen berichten.

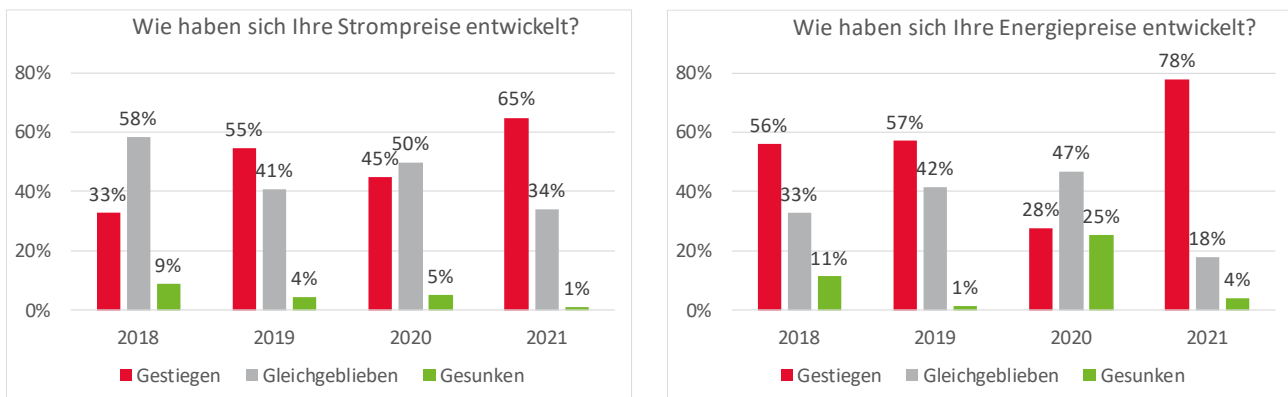


Abb. 2: Entwicklung der Strom- und Energiepreise in den Jahren 2018 bis 2021

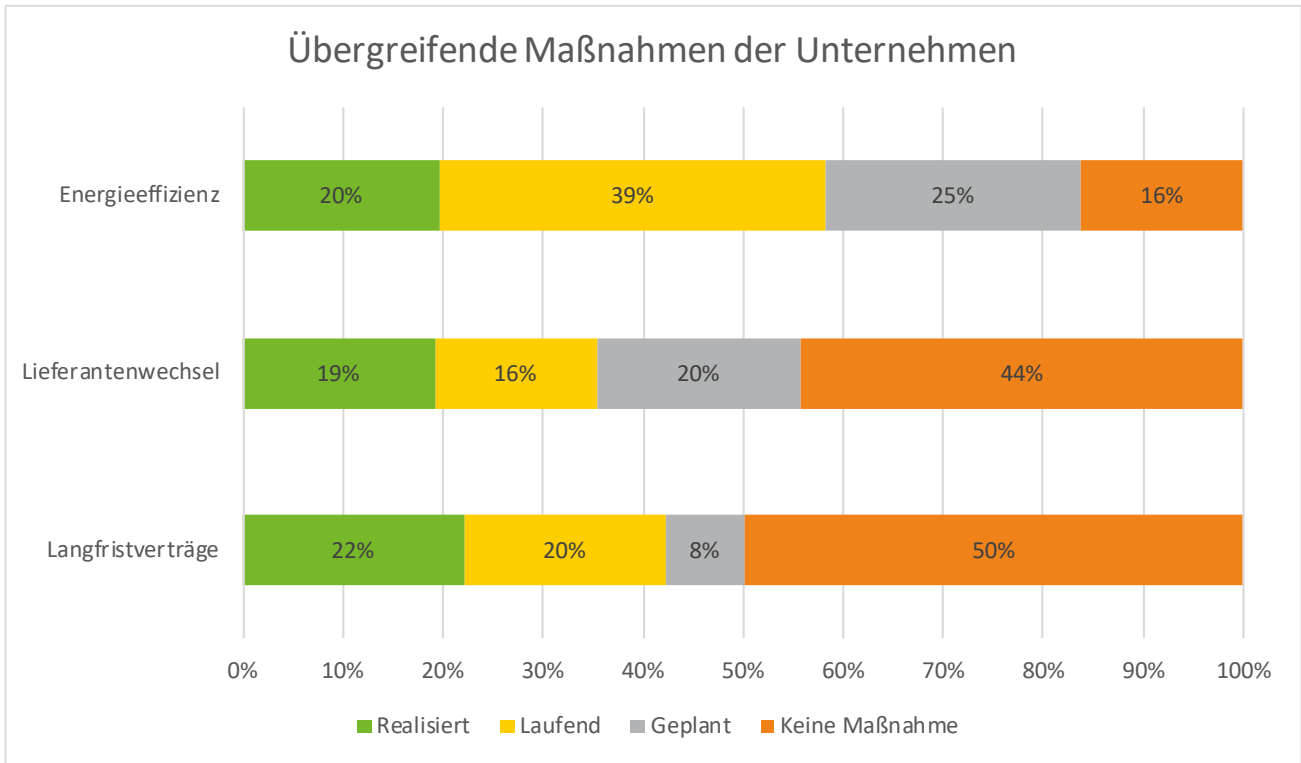
### 3 Maßnahmen der Unternehmen angesichts der Energie- und Klimapolitik

Energiewende und Klimaschutz erfordern von den Unternehmen umfangreiche Investitionen und Anpassungen. Dabei handelt es sich vorwiegend um innerbetriebliche Maßnahmen wie Investitionen in effiziente Maschinen, der Bezug oder die eigene Erzeugung Erneuerbarer Energien, die Nutzung von Elektromobilität oder die Bilanzierung und Kompensation von Treibhausgasemissionen. Darüber hinaus sind zunehmend Maßnahmen erforderlich, die die eigenen Kunden und Lieferanten mit einbeziehen, also über die innerbetriebliche Optimierung hinausgehen, beispielsweise die Erschließung neuer Geschäftsfelder und die Ausrichtung des Unternehmens auf klimaschonende Produkte und Dienstleistungen.

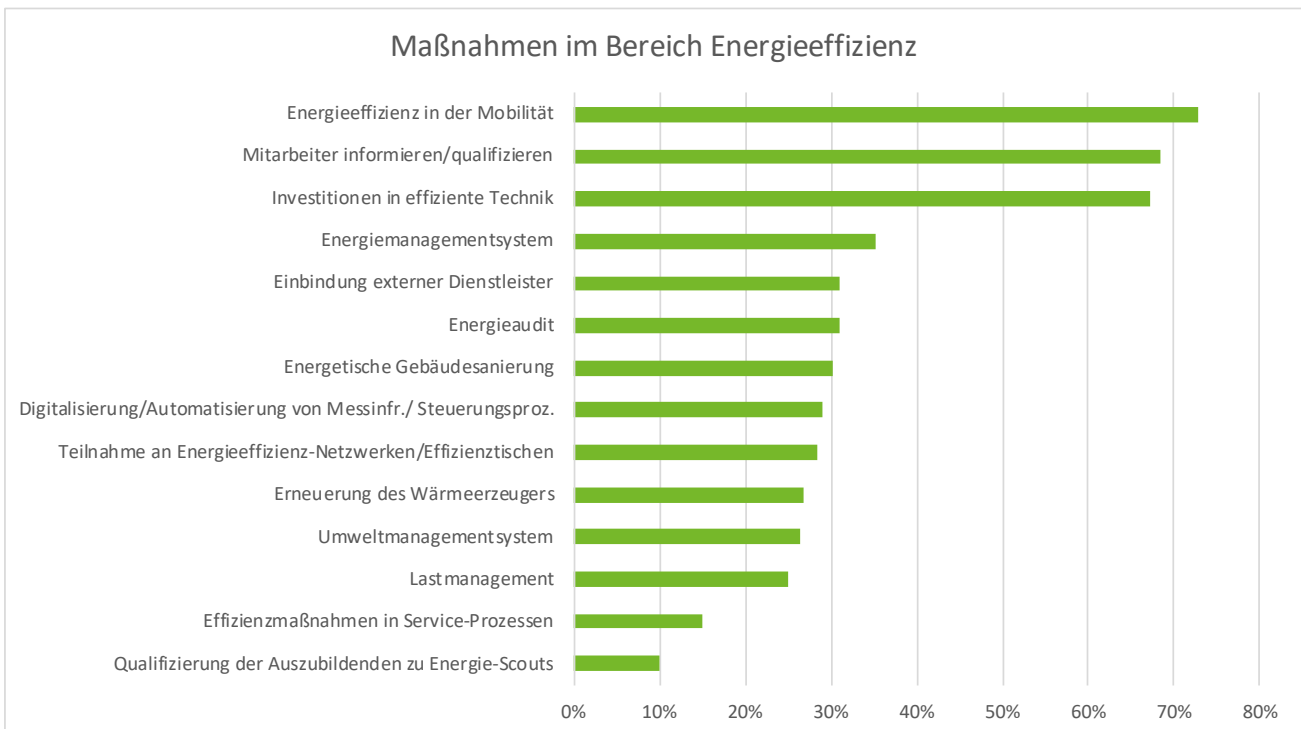
#### 3.1 Energieeffizienz

Nicht zuletzt aufgrund steigender Strom- und Energiepreise gewinnen Energieeffizienzmaßnahmen weiter an Fahrt: So stieg die Zahl der Unternehmen, die solche Maßnahmen planen bzw. schon umgesetzt haben, binnen Jahresfrist um 3 Prozentpunkte. Angesichts absehbar wachsender Kosten beim Einsatz fossiler Energieträger ist ein hohes **Interesse an Energieeffizienz** vorhanden. Für die Hälfte der befragten Unternehmen sind **langfristige Lieferverträge** sowie ein **Lieferantenwechsel** ein Thema. In den kommenden Jahren wird interessant werden, wie sich der Trend zu längerfristigen Stromdirektlieferverträgen aus Erneuerbaren Energien (sog. PPAs) entwickeln wird.

**Steigerung der Energieeffizienz ist Kern des betrieblichen Energiemanagements.**

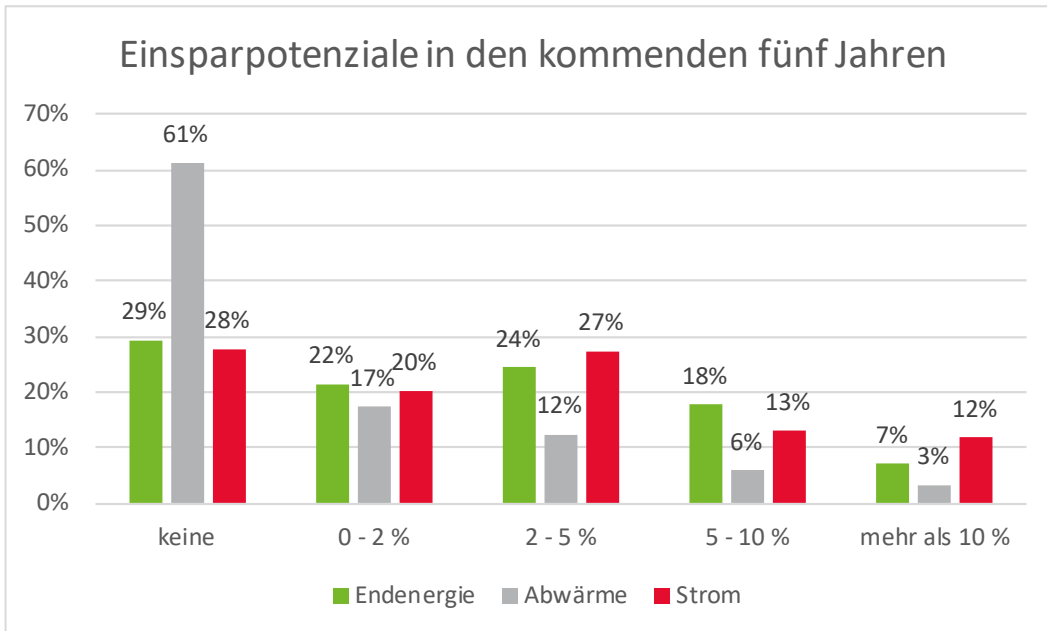


**Abb. 3: Übergreifende Maßnahmen angesichts der Energie- und Klimapolitik**



**Abb. 4: Maßnahmen der Unternehmen im Bereich der Energieeffizienz**

Mit Blick auf die einzelnen konkreten Energieeffizienz-Maßnahmen fällt neben der großen Bandbreite das Thema Mobilität ins Auge. Der [Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben](#) aller Art kommt auch der betrieblichen Energieeffizienz zugute. Die Themen [Mitarbeiterinformation](#) und [Investition in effiziente\(re\) Technik](#) folgen in der Rangliste der Energieeffizienz-Maßnahmen.

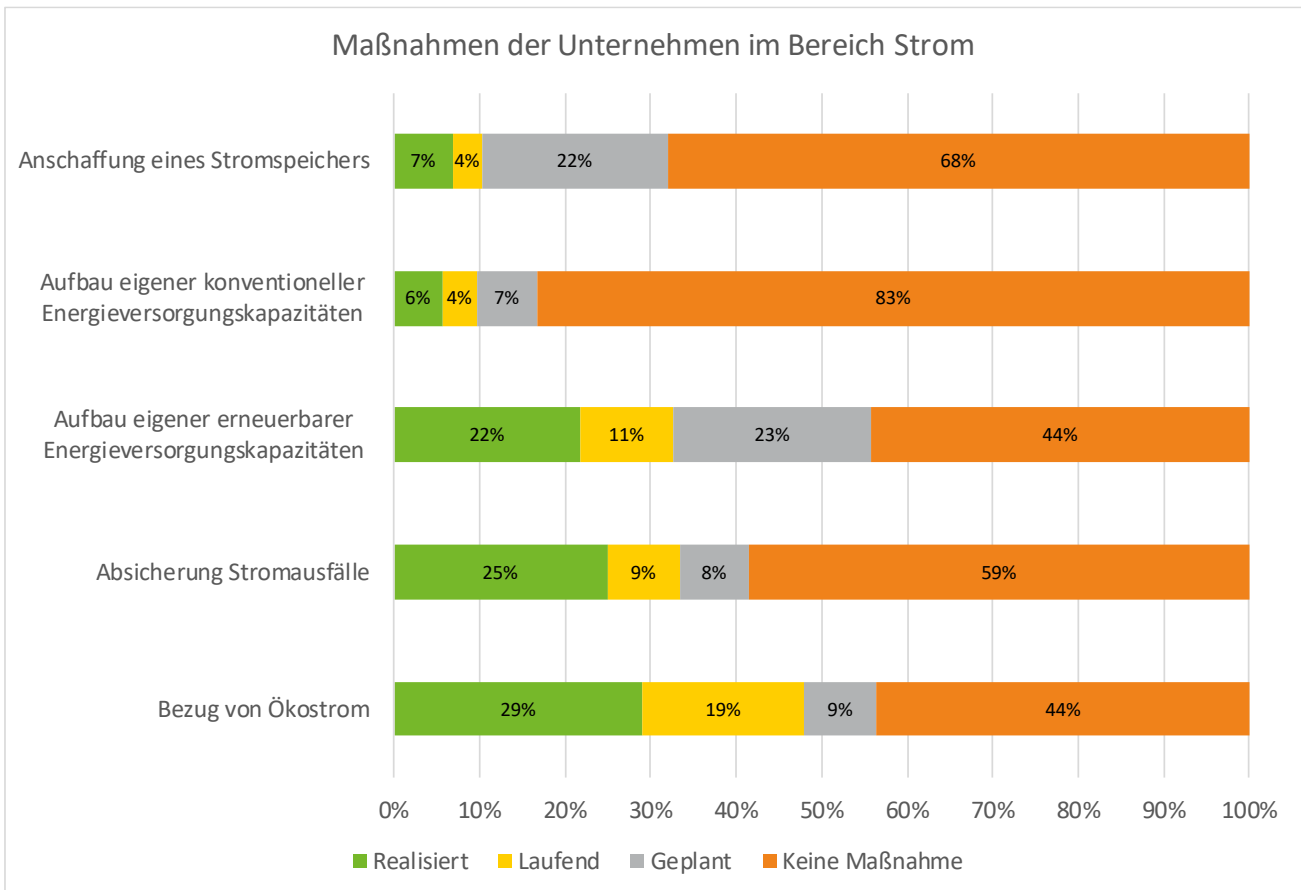


**Abb. 5: Einsparpotenziale in den kommenden fünf Jahren aus Sicht der Unternehmen**

Allerdings sieht eine Mehrzahl der Unternehmen in den nächsten fünf Jahren [keine oder nur noch geringe Energieeinsparpotenziale](#). Dies gilt insbesondere für [Abwärme](#) (78 Prozent) aber auch für den [Stromeinsatz](#) (48 Prozent). Viele der „tiefhängenden Früchte“ sind geerntet und die Grenzkosten zusätzlicher Effizienzmaßnahmen steigen. Entsprechend sieht die Reaktion der Unternehmen aus: Strukturelle Veränderungen in Mobilität, Wärmeerzeugung und Stromversorgung rücken deutlich nach oben in der betrieblichen Agenda der Klimaschutzmaßnahmen.

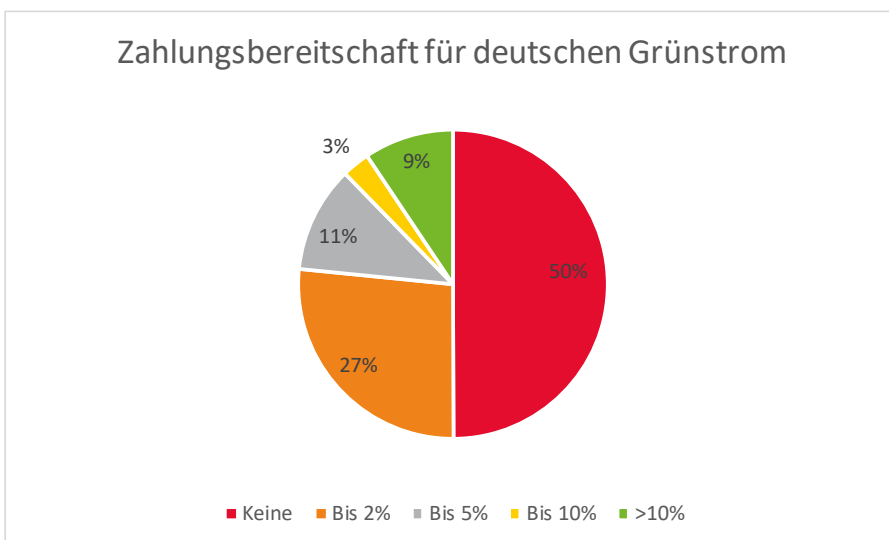
## 3.2 Strom

Im Strombereich setzen bereits sehr viele Brandenburger Unternehmen auf den Einsatz erneuerbarer Energien: So arbeiten 56 Prozent der befragten Unternehmen daran, [Ökostrom](#) zu beziehen oder haben das bereits umgesetzt und genauso viele Unternehmen beschäftigen sich mit dem [direkten Einsatz erneuerbarer Energien](#) – insbesondere der Photovoltaik – auf dem Betriebsgelände. [Stromspeicher flexibilisieren](#) den Energieeinsatz zusätzlich. Dagegen ist der Einsatz [eigener konventioneller Stromerzeugungsanlagen](#) auf dem Rückzug. Die eigene [Absicherung gegen Stromausfälle](#) ist für mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen zurzeit kein Thema.



**Abb. 6: Maßnahmen der Unternehmen im Bereich Strom**

Die Zahlungsbereitschaft der befragten Unternehmen mehr für **zertifizierten deutschen Grünstrom** zu bezahlen, liegt bei 50 Prozent. Noch etwas höher fällt die Zahlungsbereitschaft für **zertifizierten regionalen Grünstrom** aus: Hier können sich 53 Prozent der Unternehmen vorstellen, tiefer in die Tasche zu greifen. Regionalität der Stromerzeugung kann damit ein Unterscheidungsmerkmal beim Stromeinkauf sein.

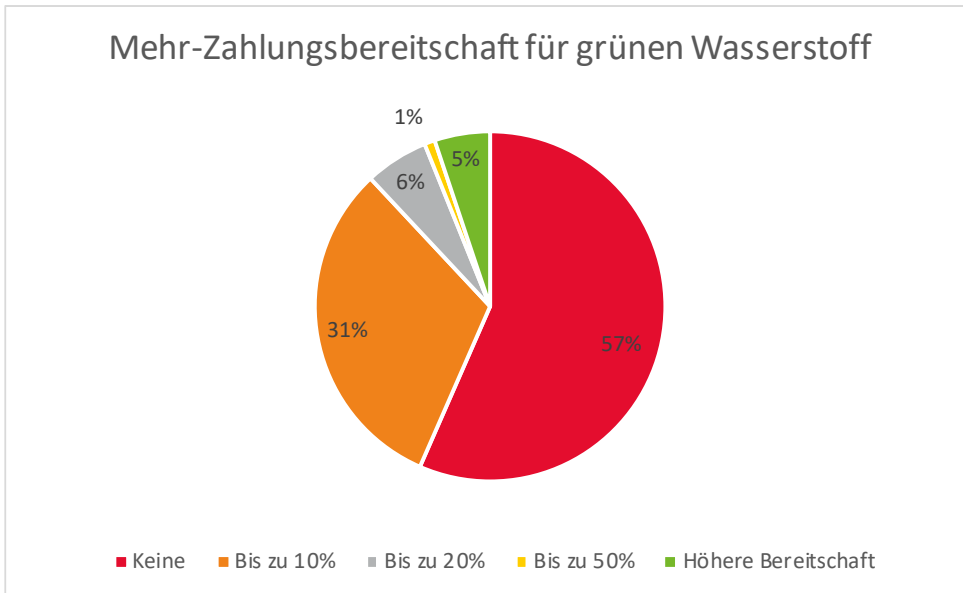


**Interesse an Grünstrom hoch, Zahlungsbereitschaft wächst.**

**Abb. 7: Zahlungsbereitschaft der Unternehmen für Grünstrom aus Deutschland**



Wasserstoff rückt als Option zur CO<sub>2</sub>-Minderung zunehmend in die Wahrnehmung der Industrie- und Verkehrsunternehmen. Für die energetische Nutzung geht es künftig anstelle von konventionell erzeugtem Wasserstoff vor allem um **grünen Wasserstoff aus erneuerbarem Strom**. Gut 40 Prozent der Unternehmen sind bereit dafür mehr zu zahlen. Für die grüne Eigenschaft würden 11 Prozent der befragten Unternehmen schon heute einen Aufpreis von mehr als zehn Prozent in Kauf nehmen. Gleichzeitig befürworteten knapp 80 Prozent der befragten Unternehmen, dass auch andere Herstellungsverfahren für CO<sub>2</sub>-armen Wasserstoff bei der Marktentwicklung berücksichtigt werden sollen (vgl. Kap. 5).



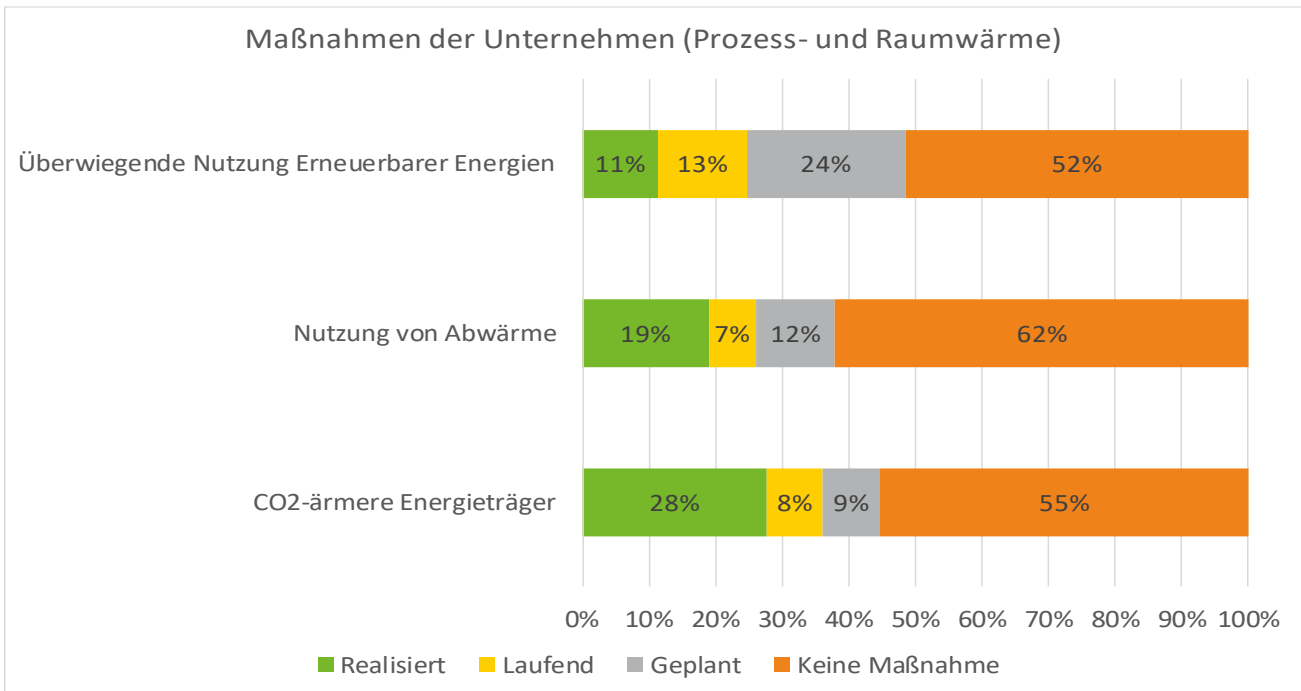
**Wasserstoff als Energieträger gewinnt an Aufmerksamkeit.**

Abb. 8: Mehr-Zahlungsbereitschaft der Unternehmen für grünen Wasserstoff

### 3.3 Wärme

Der **Einsatz erneuerbarer Energien** nimmt im Wärmebereich zunehmend an Fahrt auf. 11 Prozent der befragten Unternehmen berichten, dass sie bereits Solarthermie, Biomasse und Co. einsetzen. Weitere 37 Prozent geben an, derzeit an Projekten zu arbeiten beziehungsweise solche zu planen. Zudem befasst sich knapp die Hälfte der Unternehmen mit dem **Umstieg auf CO<sub>2</sub>-ärmere Wärmeerzeuger** (2020 waren es 39 Prozent). Das Interesse an der **Abwärmenutzung** ist mit 38 Prozent gleichbleibend hoch.

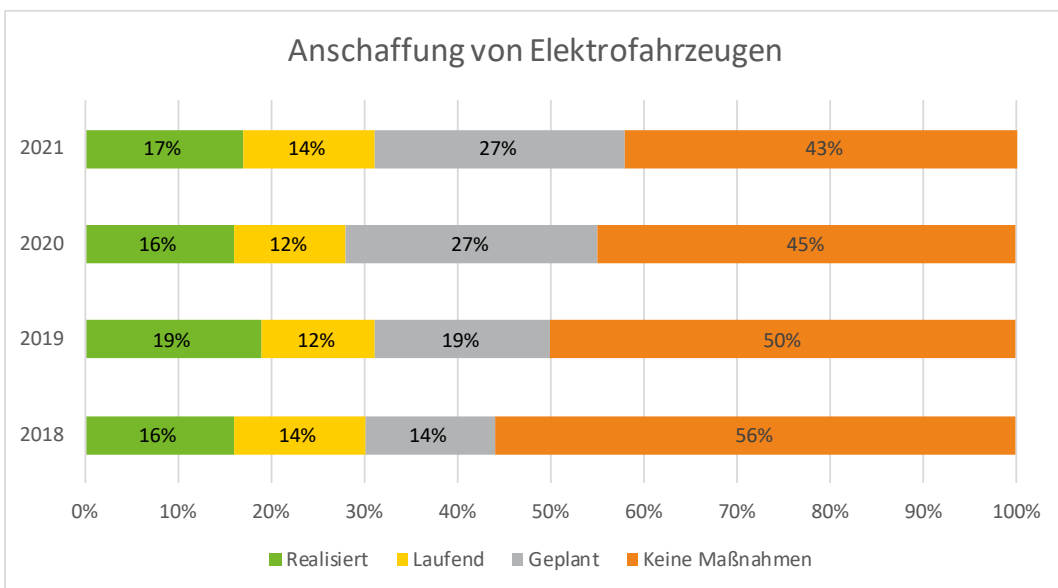
**Viele Erneuerbare Energien-Projekte sind in der Pipeline.**



**Abb. 9: Maßnahmen der Unternehmen im Bereich der Prozess- und Raumwärme**

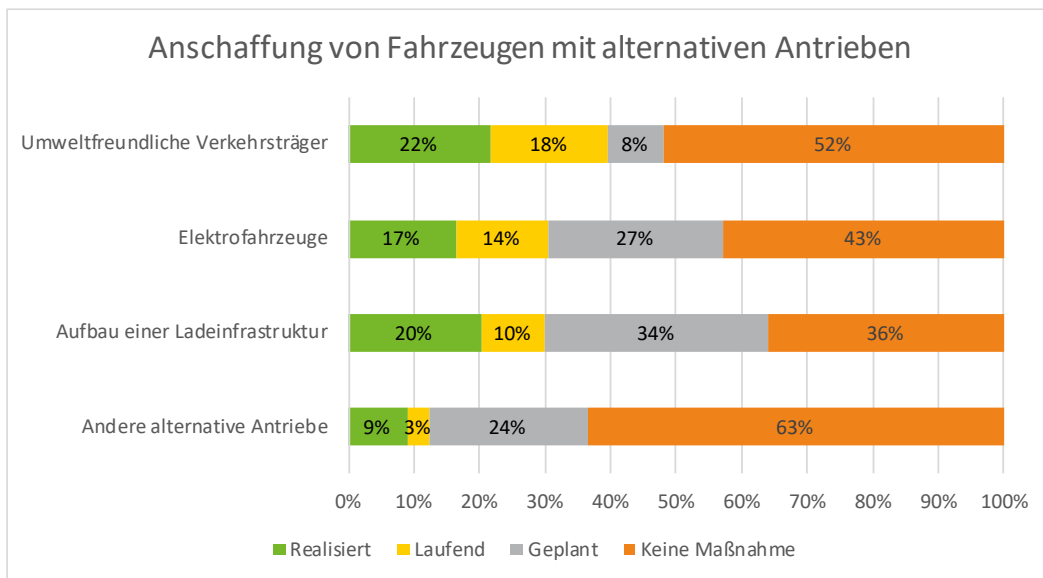
### 3.4 Mobilität

Mit der Beschaffung und Nutzung von **Elektrofahrzeugen** beschäftigen sich fast 60 Prozent der befragten Unternehmen (in 2018 waren es noch 40 Prozent). Parallel zum eigenen Fahrzeugbestand wird auch in die **betriebliche Ladeinfrastruktur** investiert. **Andere alternative Antriebe** gehen bei dieser Dynamik nicht mit. Elektrofahrzeuge sind mit 73 Prozent nicht zuletzt auch ein gefragtes Instrument, die Energieeffizienz im Unternehmen zu steigern (vgl. Abbildung Maßnahmen der Unternehmen im Bereich Energieeffizienz, Kap.3.1).



**Abb. 10: Anschaffung von Elektrofahrzeugen in den Jahren bis 2021**

Erstmals wurden die Unternehmen nach der Nutzung anderer umweltfreundlicher Verkehrsträger gefragt. Das Automobil bleibt der Standard, jedoch sind mehr als 25 Prozent in der Planungs- bzw. Umsetzungsphase für die [Nutzung anderer umweltfreundlicher Verkehrsträger](#), ein weiteres Fünftel nutzt diese bereits vermehrt.



**Alternative Antriebe sind mittlerweile Standard.**

Abb. 11: Anschaffung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben

### 3.5 Betrieblicher Klimaschutz

Mit dem politischen Ziel, die Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, wird der Druck auf die Wirtschaft größer, eigene Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln. Das betrifft jedes Unternehmen. Die Hälfte der Unternehmen hat sich als Ziel gesetzt, die [Klimaneutralität](#) bis spätestens im Jahr 2035 zu erreichen. Ein Teil der befragten Brandenburger Unternehmen (13 Prozent) wirtschaftet bereits heute klimaneutral. Im bundesweiten Vergleich sind es 8 Prozent der Wirtschaft. Jedes fünfte Unternehmen in Brandenburg, als auch auf Bundesebene, plant bis 2025 die Klimaneutralität zu erreichen.

Um die eigene Klimabilanz zu verbessern, ist es notwendig die Treibhausgasemissionen des Unternehmens zu kennen und zu wissen, welche Prozesse und Aktivitäten diese verursachen. Bei der Erstellung eines CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks wird unterschieden, wie umfassend Emissionen berücksichtigt werden. Von den Unternehmen geben 8 Prozent an, dass sie die [direkten Emissionen am Standort \(Scope 1\)](#) erfassen, 9 Prozent bereiten die Erfassung vor und 12 Prozent planen sie. Genauso hoch ist der Anteil der Unternehmen, die zusätzlich auch die [indirekten Emissionen \(Scope 2\)](#) aus dem Bezug von Strom, Dampf und Fernwärme erfassen bzw. erfassen wollen. Bereits 11 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, dass sie auch die [indirekten Emissionen entlang der Wertschöpfungskette \(Scope 3\)](#) erfassen. Dazu zählen die Emissionen aus Dienstreisen, Arbeitswegen und aus eingekauften Waren und Dienstleistungen.

**CO<sub>2</sub>-Bilanzierung und Klimaneutralität mit Ausbaupotential.**

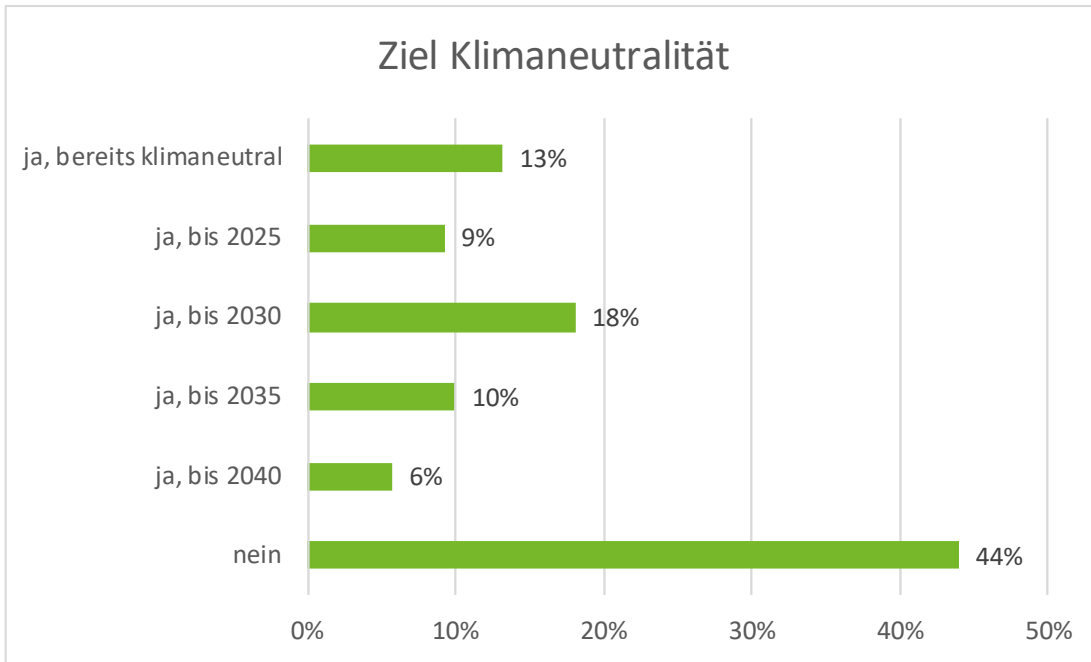


Abb. 12: Angaben der Unternehmen zum Ziel der Klimaneutralität

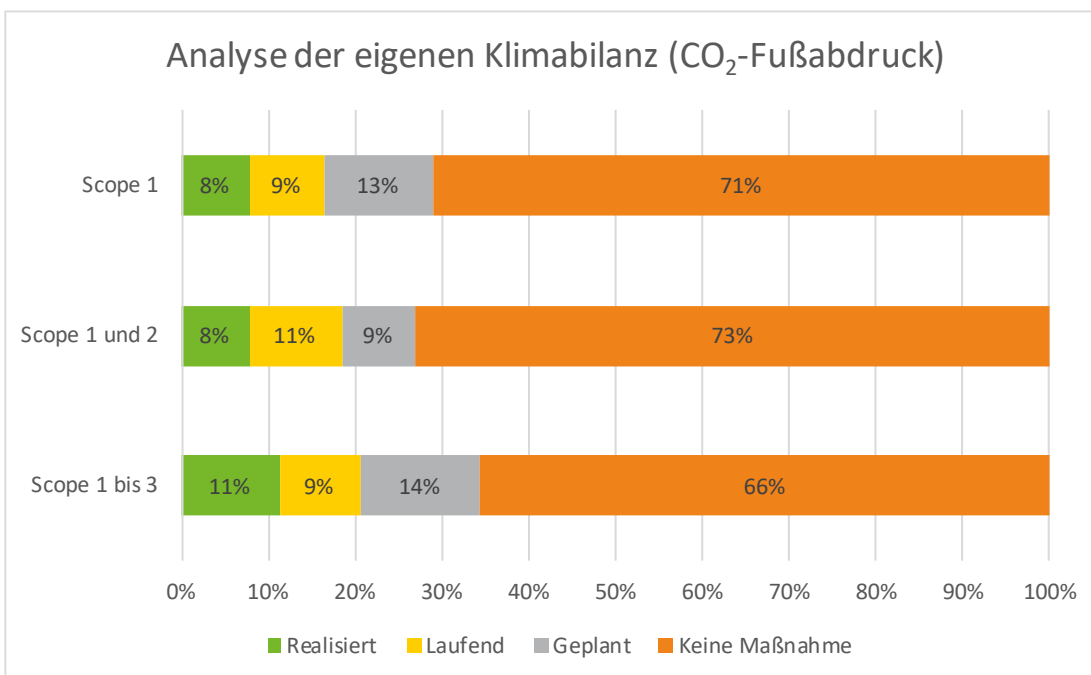
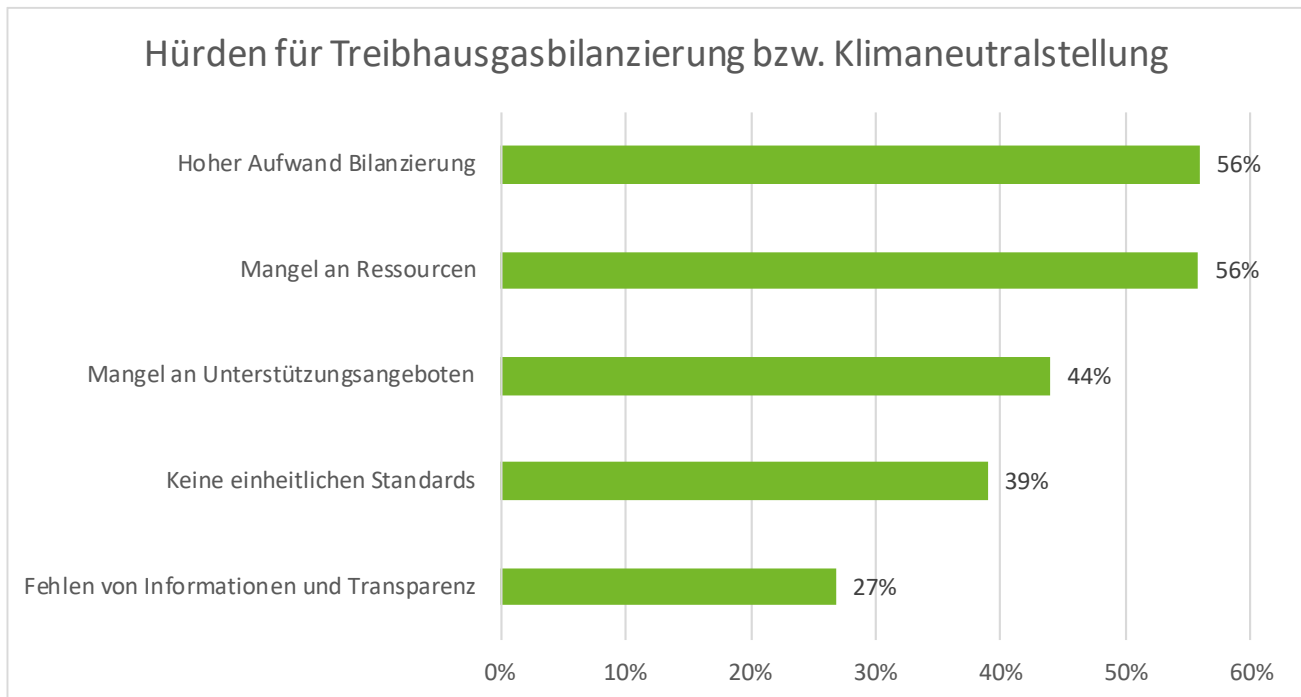


Abb. 13: Angabe der Unternehmen zur Ermittlung ihrer eigenen Treibhausgas-Emissionen

Als Hürden für die Erstellung eines CO<sub>2</sub>-Footprints sehen die Unternehmen vorwiegend den **Aufwand für eine umfassende Treibhausgasbilanzierung** und **fehlende finanzielle und personellen Ressourcen** dafür (jeweils 56 Prozent). Ein Teil der befragten Unternehmen geben **fehlende Unterstützungsangebote** und Förderprogramme als Gründe an, warum sie in das Thema Treibhausgasbilanzierung bisher nicht eingestiegen sind (43 Prozent) und einen **Mangel an einheitlichen Standards**, um die eigenen Erfolge im Klimaschutz kommunizieren zu können (39 Prozent). Ein Viertel der Unternehmen gibt an, dass das **Fehlen von niederschweligen Informationen** und Transparenz eine Hürde darstellt.



**Abb. 14: Hürden für die Treibhausgasbilanzierung bzw. der Klimaneutralstellung**

Neben den oben beschriebenen Maßnahmen, die der betriebsinternen Ausgestaltung von Energiewende und Klimaschutz und der betrieblichen Effizienzsteigerung dienen, ergreifen immer mehr Unternehmen Maßnahmen, die sich auf Lieferanten und Kunden auswirken: Am weitesten verbreitet ist die Ausrichtung des eigenen Angebots auf **klimaschonende Produkte und Dienstleistungen**. Bei 17 Prozent der Brandenburger Unternehmen wird dies bereits umgesetzt (Bundesebene 16 Prozent). Weitere 45 Prozent sind dabei, dies einzuführen oder befinden sich in der Planung. Für 13 Prozent der Unternehmen war die Energiewende Anlass, den **Einkauf auf klimaschonende Vorprodukte** umzustellen (Bundesebene 8 Prozent), weitere 34 Prozent sind in der Umsetzung und Planung für diesen Schritt. Umgekehrt erschließen 9 Prozent der Unternehmen **neue Geschäftsfelder** (Bundesebene 12 Prozent), weitere 29 Prozent haben dies vor.

**Hoher Aufwand für Klimabilanzierung schreckt ab.**

Eine Herausforderung, insbesondere für energieintensivere Unternehmen, sind die zusätzlichen Kosten, die durch die Energiewende – z.B. in Form der EEG-Umlage auf Strom – bei den Unternehmen anfallen. 10 Prozent der Unternehmen geben diese Kosten zumindest teilweise an ihre eigenen Kunden weiter. Bei 39 Prozent ist die **Kostenweitergabe** in der Umsetzung oder zumindest geplant. Der hohe Anteil noch nicht erfolgter Kostenweitergabe spiegelt auch die Schwierigkeit wider, dass dies für Unternehmen – insbesondere in wettbewerbsintensiven Branchen – nicht ohne weiteres möglich ist. Im Extremfall ist in Folge der Energiewende eine (teilweise) **Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland** oder die Einschränkung der Produktion in Deutschland erforderlich. 2 Prozent der Brandenburger Unternehmen sind diesen Schritt bereits gegangen, bei 6 Prozent laufen die Vorbereitungen (Bundesebene 7 Prozent). Hintergründe sind neben hohen Produktionskosten auch andere Standortfaktoren wie z.B. lange Genehmigungsverfahren, aber auch die Nähe zu Kunden im Ausland.

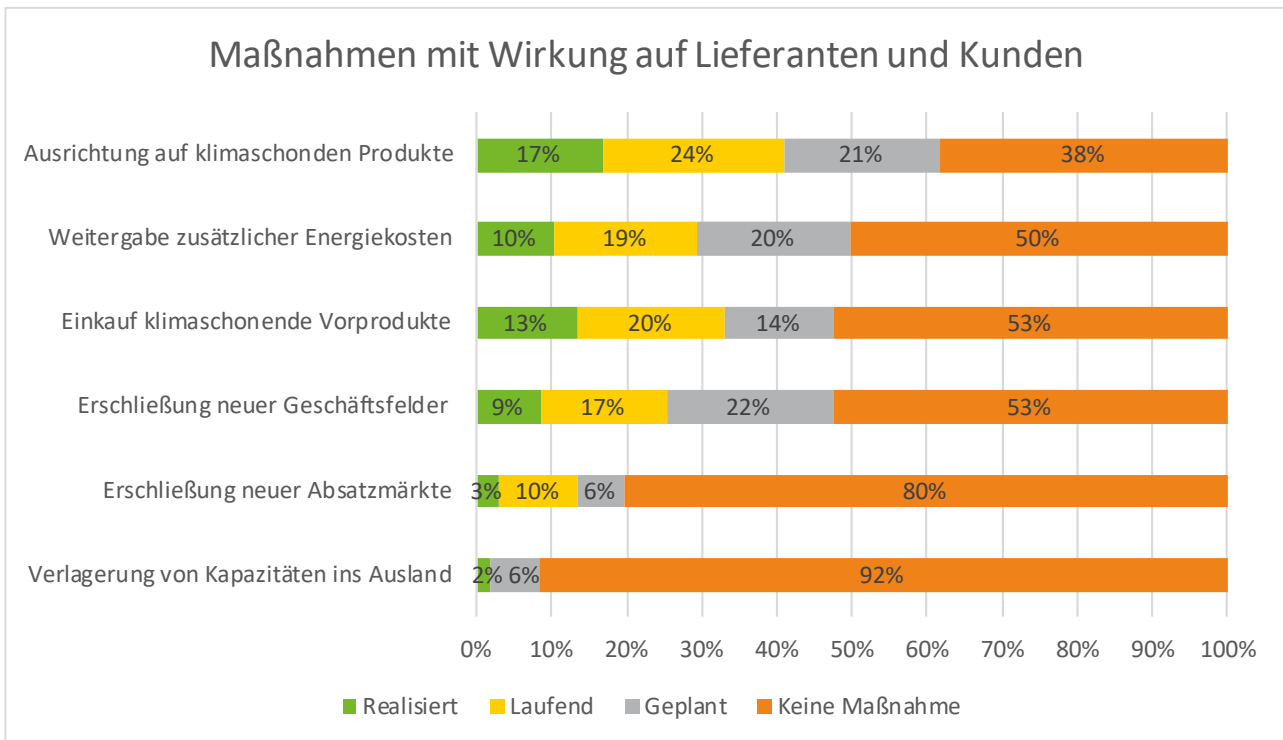
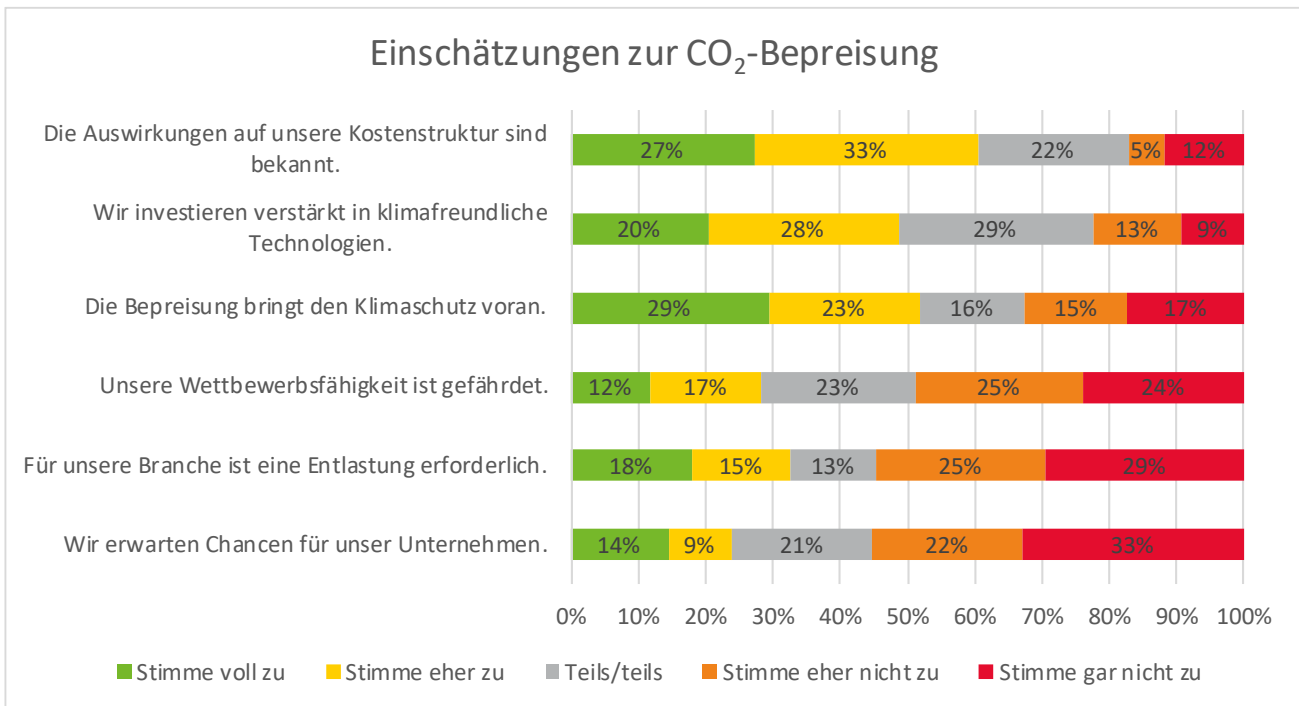


Abb. 15: Maßnahmen der Unternehmen mit Wirkung auf Lieferanten und Kunden

Zunehmend Maßnahmen mit Wirkung auf Zulieferer und Kunden.

## 4 Auswirkungen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für Unternehmen

Zum Jahresanfang 2021 ist in Deutschland eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Brennstoffe (Erdgas, Diesel, Benzin etc.) eingeführt worden. Immer noch 17 Prozent (21 Prozent in 2020) der befragten Unternehmen stimmen der Aussage „Uns ist bekannt, wie sich die **CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf die Kostenstruktur auswirkt**“ nicht zu (Bundesebene 22 Prozent). Für weitere 22 Prozent (in 2020: 32 Prozent) ist die Kostenwirkung nur teilweise ersichtlich („teils/teils“). Zugleich entfaltet die CO<sub>2</sub>-Bepreisung durchaus die politisch gewünschte Wirkung: Für fast die Hälfte der Unternehmen ist sie Anlass, bei **Investitionen verstärkt auf klimafreundliche Technologien** zu setzen. Nur 22 Prozent sehen diese Wirkung für ihr Unternehmen nicht bzw. eher nicht. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Einschätzung, ob die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ein geeignetes Instrument sei, um den **Klimaschutz in der Wirtschaft voranzubringen**. 52 Prozent stimmen dieser Aussage (eher) zu, 32 Prozent sehen das Instrument (eher) kritisch (Bundesebene 48 bzw. 27 Prozent).



**Abb. 16: Einschätzungen der Unternehmen zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung**

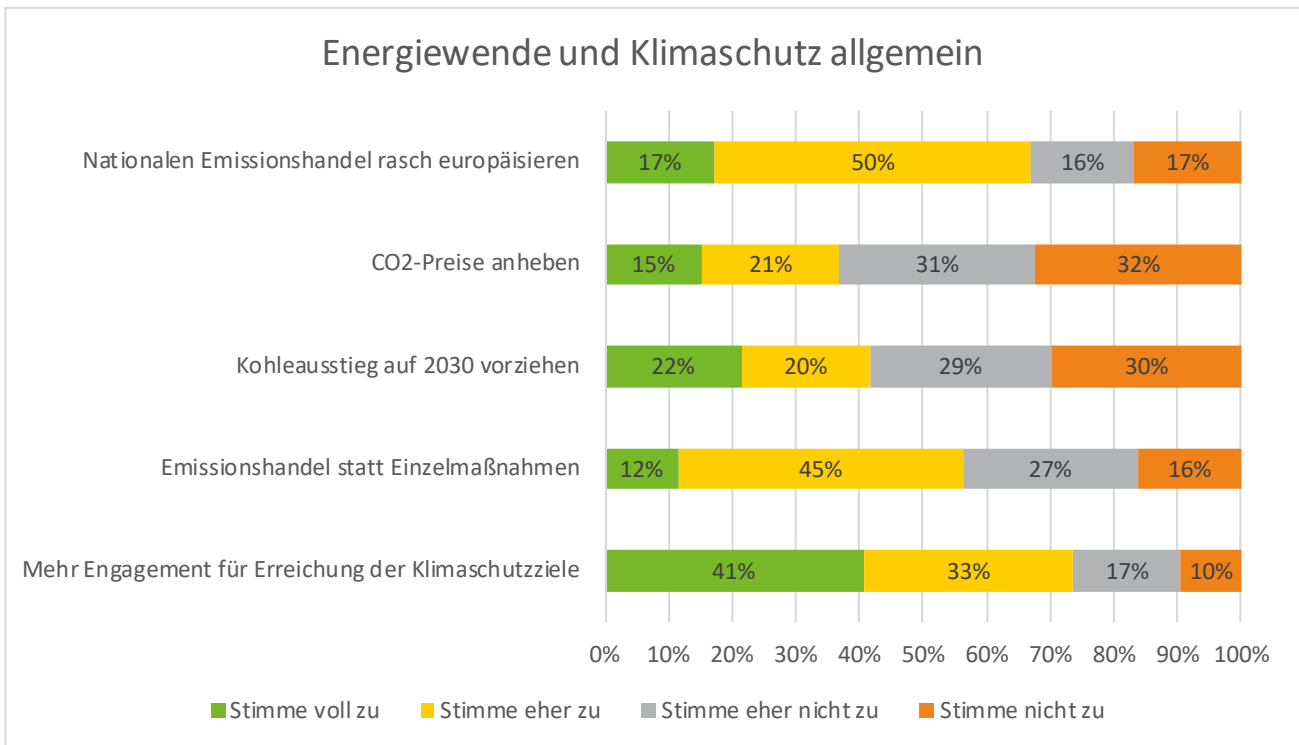
Der Anteil der befragten Unternehmen, die aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung **Chancen für das eigene Unternehmen** erwarten, liegt bei 23 Prozent (Bundesebene: 21 Prozent). Demgegenüber werden die Kostenrisiken deutlich stärker wahrgenommen. 33 Prozent (Bund: 47 Prozent) der Unternehmen stimmen der Aussage zu, dass zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Branche **Entlastungen bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung** erforderlich sind. 29 Prozent sehen sich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gefährdet (Bundesebene: 40 Prozent).

## 5 Empfehlungen der Wirtschaft

### 5.1 Empfehlungen zur Energiewende allgemein

Im Jahr der Bundestagswahl sehen die Unternehmen weiterhin Handlungsbedarf der Politik, um die Energiewende sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten. 74 Prozent (Bundesebene: 77 Prozent) der Unternehmen empfehlen der Politik mehr für die **Erreichung der Klimaschutzziele** zu tun. Mehr Klimaschutz setzen viele Unternehmen aber nicht gleich mit zusätzlichen, neuen Maßnahmen. Vielmehr befürworten 57 Prozent (Bundesebene: 63 Prozent) der Unternehmen die Konzentration der Klimaschutzanstrengungen auf einen **umfassenden Emissionshandel** zu legen und dafür Einzelmaßnahmen abzubauen.

**Ja zu mehr Klimaschutz, aber mit umfassendem Emissionshandel.**



**Abb. 17: Allgemeine Empfehlungen der Wirtschaft**

In diesem Zusammenhang empfehlen 67 Prozent (Bundesebene: 80 Prozent) der befragten Unternehmen, die [nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung in ein europäisches System zu überführen](#) und damit gleiche (Wettbewerbs-) Bedingungen in Europa zu schaffen. Das Paket der EU zum Green Deal schlägt dies teilweise auch vor. Den [Kohleausstieg auf 2030 vorzuziehen](#) und/oder die [CO<sub>2</sub>-Preise im nationalen wie im europäischen System anzuheben](#), wünschen sich 44 Prozent bzw. 36 Prozent (Bundesebene: 45 Prozent bzw. 43 Prozent). Beide Maßnahmen werden zwar von einem signifikanten Teil der Unternehmen auch unterstützt, von der Mehrheit der befragten Unternehmen aber abgelehnt.

## 5.2 Empfehlungen zu Kosten, Steuern und Abgaben

Weitgehend einig sind sich die Unternehmen in ihrer Empfehlung, die [Belastungen des Strompreises mit Steuern und Abgaben abzubauen](#). Dadurch kann der Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Ausland und im Inland der Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Einsatz von Energieträgern wie Öl und Gas verringert werden. Vier von fünf Unternehmen sehen es aber auch weiterhin als notwendig an, stark belastete [Unternehmen von hohen Zusatzabgaben zu entlasten](#). Daran soll ihrer Meinung nach nicht gerüttelt werden. Die Frage, ob die [Förderung neuer Windräder, Solar- und Biomasseanlagen bis 2025](#) beendet werden soll, ist hingegen deutlich umstrittener. Dennoch spricht sich eine Mehrheit von 62 Prozent (Bundesebene: 56 Prozent) der befragten Unternehmen dafür aus, dass mit dem Ende der anstehenden Legislaturperiode auch das Ende der Förderung kommen soll.

**Steuern und Abgaben auf den Strompreis senken.**



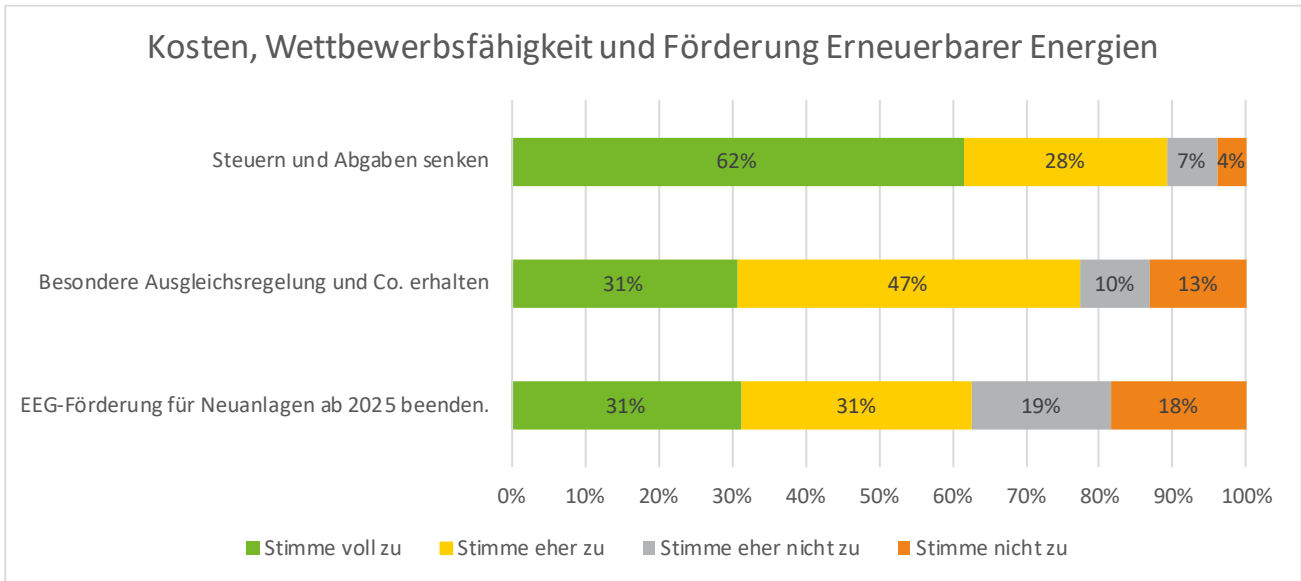


Abb. 18: Empfehlungen der Wirtschaft zu Kosten, Steuern und Abgaben

### 5.3 Empfehlungen zum Netzausbau

Netze! Netze! Netze!

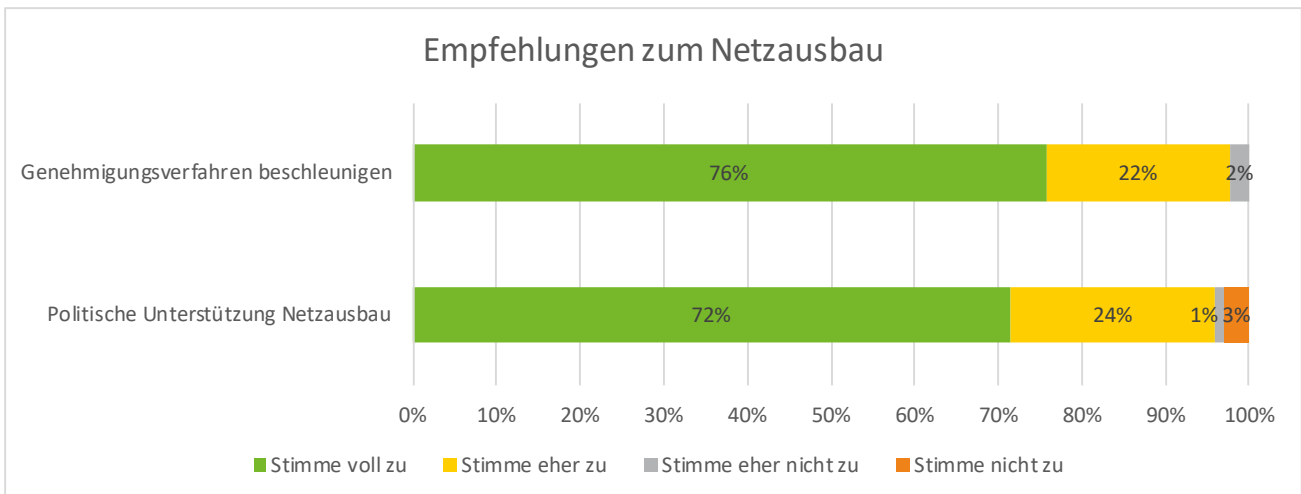


Abb. 19: Empfehlungen der Wirtschaft zum Netzausbau

Sehr eindeutig sind die Empfehlungen der Wirtschaft zum Netzausbau: Die Politik sollte sich **politisch wahrnehmbar hinter den Netzausbau stellen** und vor allem auch **Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen**. Diese Empfehlung erreicht damit 2021 den Spitzenplatz aller Vorschläge und zeigt den dringenden Handlungsbedarf in diesem Feld.

## 5.4 Empfehlungen zum Ausbau Erneuerbarer Energien

Vier von fünf Unternehmen möchten das **Ausschreibungsvolumen im EEG erhöhen**, um die Klimaschutzziele zu erreichen und die wegfallenden Strommengen aus Kohle und Kernkraft zu kompensieren. Wesentlich skeptischer fällt das Votum hinsichtlich einer Pflicht aus, **Solaranlagen auf eigenen Dächern installieren** zu müssen. Diese Empfehlung wird von 44 Prozent unterstützt, aber von 56 Prozent der Unternehmen abgelehnt (Bundesebene: 40 bzw. 60 Prozent).

**Ausschreibungsvolumen im EEG erhöhen,  
Solarpflicht wird kritisch gesehen.**

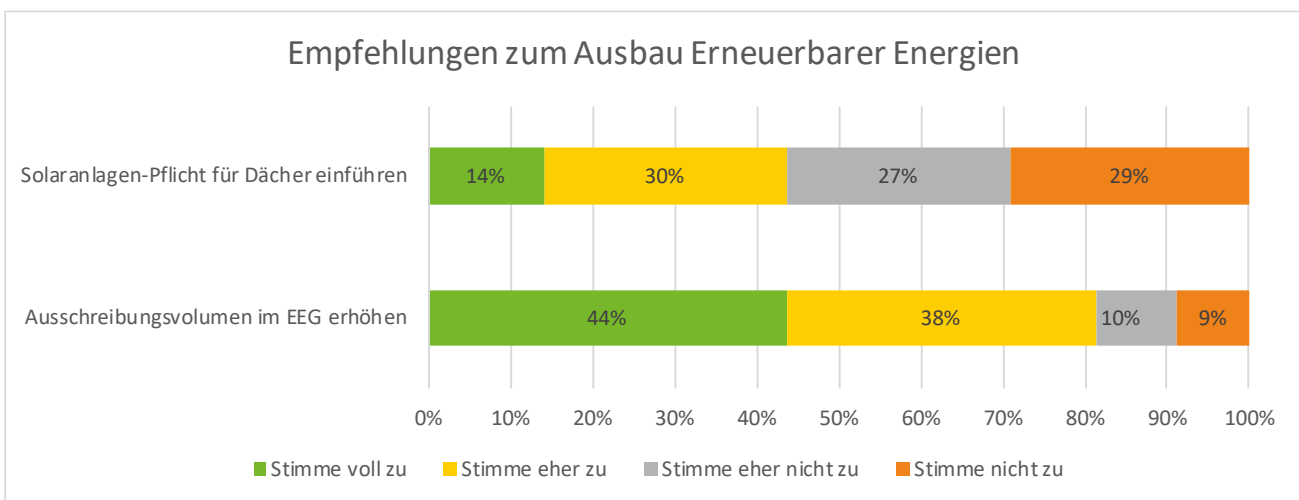


Abb. 20: Empfehlungen der Wirtschaft zum Ausbau Erneuerbarer Energien

## 5.5 Empfehlungen im Bereich Gebäude

Einer **Pflicht zur energetischen Gebäudesanierung** stimmt 35 Prozent der Brandenburger Unternehmen voll oder eher zu (Bundesebene: 37 Prozent). Zwei Drittel der befragten Unternehmen stimmen gegen eine Verpflichtung bei der Gebäudesanierung. Für eine **Verschärfung der Effizienzanforderungen für Neubauten** ergibt sich keine eindeutige Bewertung (contra: 52 Prozent, pro: 48 Prozent). Dagegen sprechen sich über drei Viertel der Brandenburger Unternehmen (Bundesebene: 74 Prozent) dafür aus, **bei neuen Gebäuden überwiegend Wärmepumpen, Solarthermie & Co. zu nutzen** – ein Indiz, eher das Angebot an erneuerbaren Energien zu verbessern als die Anforderungen an die Gebäudehülle weiter zu verschärfen.

**Sanierungspflicht für Gebäude  
findet keine Mehrheit.**

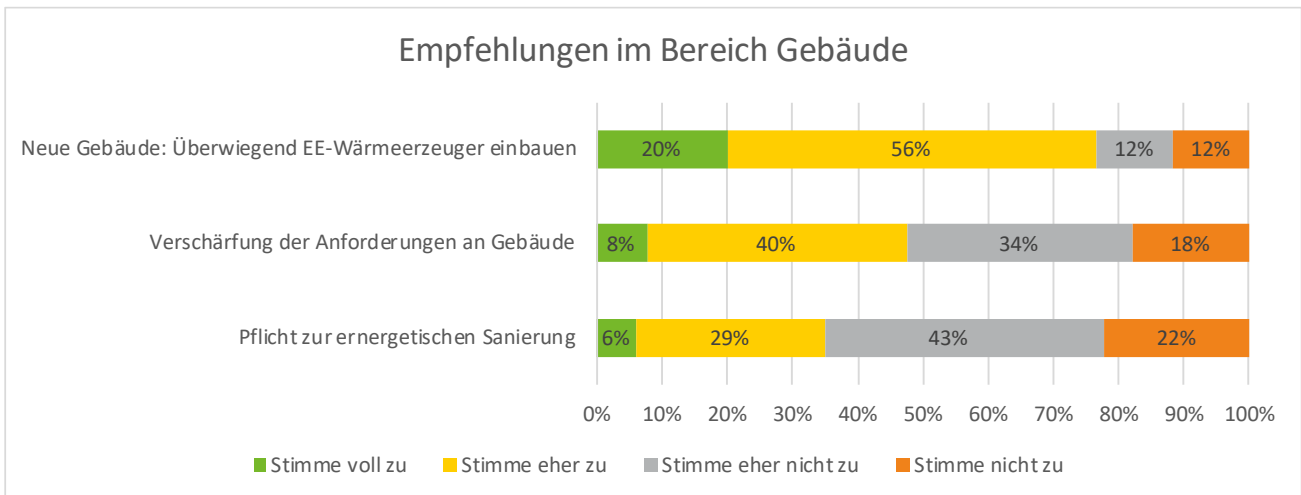


Abb. 21: Empfehlungen der Wirtschaft im Gebäudebereich

## 5.6 Empfehlungen zu Energieeffizienz und Flexibilität

Knapp 60 Prozent der Brandenburger Unternehmen sehen [verschärfte gesetzliche Einsparvorgaben für Energie](#) kritisch (Bundesebene: 65 Prozent). Zudem sind sogar 82 Prozent der befragten Unternehmen der Meinung, dass die Politik im Bereich der Energieeffizienz besser auf [Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit](#) setzen sollte und nicht auf Verbote (Bundesebene: 83 Prozent). Bei den Rahmenbedingungen für den Einsatz von [Nachfrageflexibilität an den Strommärkten](#) sehen hingegen mit 89 Prozent fast alle Unternehmen noch Verbesserungsbedarf (Bundesebene: 94 Prozent).

**Technologieoffenheit statt gesetzlicher Einsparvorgaben.**

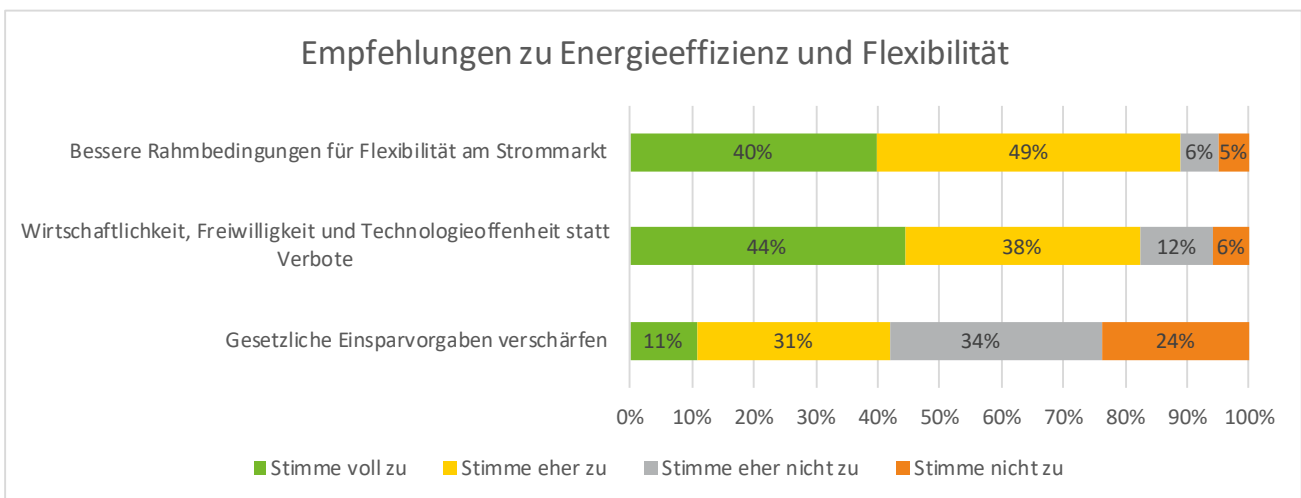


Abb. 22: Empfehlungen der Wirtschaft zu Energieeffizienz und Flexibilität

## 5.7 Empfehlungen zu Wasserstoff

Beim Thema Wasserstoff gibt es derzeit vor allem ein großes Diskussionsthema: Die Farbenlehre. Dabei geht es darum, ob nur mit erneuerbarem Strom hergestellter Wasserstoff (sog. grüner Wasserstoff) freien Marktzugang erhalten oder ob **CO<sub>2</sub>-arm erzeugter Wasserstoff** gleichgestellt werden soll. Die Brandenburger Unternehmen beantworten diese Frage eindeutig: 77 Prozent sprechen sich dafür aus, dass CO<sub>2</sub>-arm das Kriterium der Wahl sein sollte (Bundesebene: 79 Prozent).

**CO<sub>2</sub>-armer Wasserstoff  
für alle.**

Der zweite derzeit wichtige Diskussionsstrang dreht sich um die Frage, ob in einzelnen Branchen Wasserstoff bevorzugt eingesetzt werden soll. 85 Prozent der Unternehmen sprechen sich dafür aus, keine Wirtschaftszweige zu bevorzugen, sondern **Wasserstoff möglichst für alle Branchen und alle Regionen gleichermaßen** anzubieten (Bundesebene: 91 Prozent). Entscheidend ist dann die höhere Zahlungsbereitschaft.

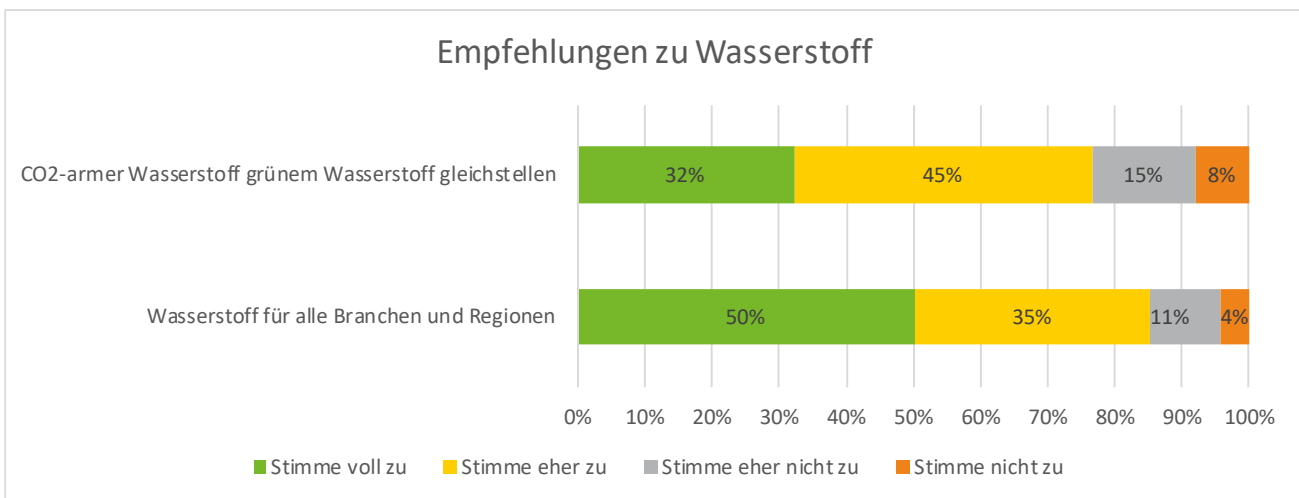


Abb. 23: Empfehlungen der Wirtschaft zu Wasserstoff

## 5.8 Empfehlungen zu Mobilität

Die Wirtschaft vertritt den Grundsatz der Technologieoffenheit nicht nur bei Energieeffizienz und Wasserstoff, sondern auch in der Mobilität. Ein [Verbot für Verbrennungsmotoren bei Pkw-Neuzulassungen ab 2030](#) wird von 71 Prozent der Unternehmen abgelehnt (Bundesebene: 77 Prozent). Eine deutliche Mehrheit in der Wirtschaft spricht sich somit dafür aus, dass es für den Klimaschutz im Verkehr Alternativen zum E-Auto auch nach 2030 geben soll. Fast vier von fünf Unternehmen ist für das [Ende von Anreizen für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben](#), wenn diese wettbewerbsfähig sind (Bundesebene: 81 Prozent).

**Klare Mehrheit gegen Verbrenner-Verbot für PKW-Neuwagen.**

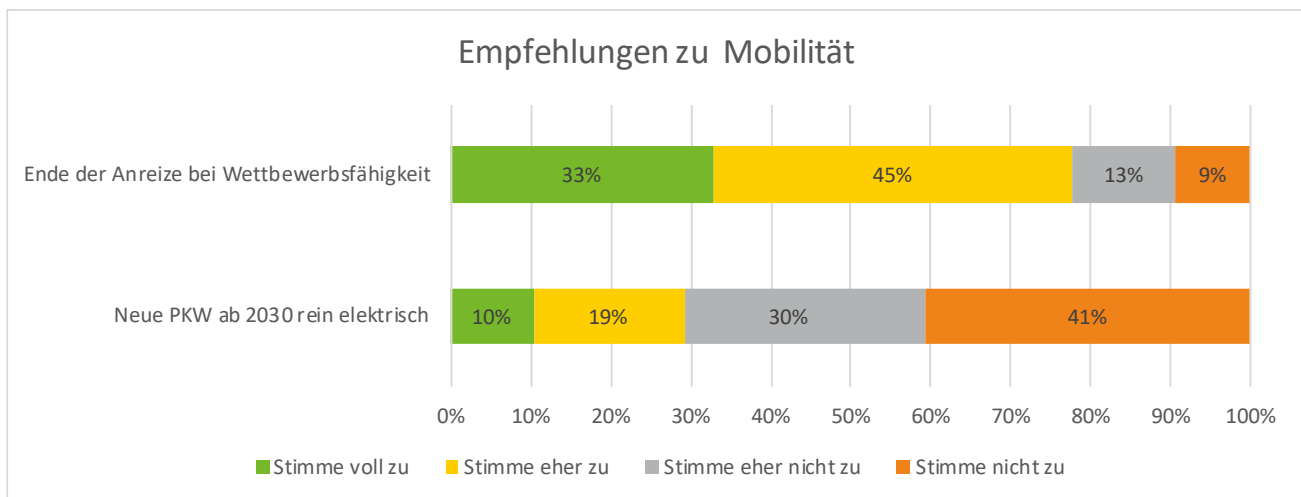


Abb. 24: Empfehlungen der Wirtschaft zu Mobilität